

1 **Leitantrag: Sicherheit stärken, Freiheit verteidigen**

2

3 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine bedeutet einen Pa-
4 radigmenwechsel. Obgleich die Bundesregierung eine Zeitenwende proklamiert, ist
5 davon in der tatsächlichen politischen Umsetzung wenig bis gar nichts spürbar. Die
6 Ampel setzt völlig falsche Prioritäten, verschläft drängende Entwicklungen und ist
7 nicht bereit, die entscheidenden Weichen zu stellen. Zeitenwende verkommt zur Wort-
8 hülse, eine realistische, an der tatsächlichen Bedrohungslage ausgerichtete und damit
9 zukunftsfähige Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist überfällig. Fünf Eckpfeiler sind
10 dabei entscheidend.

11 **1. Bundeswehr vollständig ausstatten und finanzieren**

12 Klar ist: Mehr Geld für Verteidigung ist für unsere Sicherheit zwingend erforderlich. Ein
13 Verteidigungshaushalt von mindestens ehrlichen zwei Prozent des Bruttoinlandspro-
14 dukts stellt dabei die absolute Untergrenze dar. Wir setzen uns für langfristig drei Pro-
15 zent ein, um eine Vollaussattung der Bundeswehr zu ermöglichen und darüber hinaus
16 unsere Verteidigung zukunftsfähig und auskömmlich zu gestalten. Wir wollen damit
17 eine umfassende Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr sicherstellen. Diese ist ins-
18 besondere für die Hauptaufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung, die nach dem
19 Angriff Russlands auf die Ukraine absolute Priorität haben muss, erforderlich. Dazu ge-
20 hören neben der Vollaussattung aller aktuell bestehenden Verbände und Einheiten
21 sämtlicher Domänen – oder verständlicher der Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe, Marine
22 und Cyber-Informationsraum – sowie zusätzlich aufzustellende Truppenkörper auch
23 eine schnelle Beschaffung modernster Bewaffnung wie Drohnen, der fortgesetzte Auf-
24 bau neuer Fähigkeiten unter Abstützung auf Künstliche Intelligenz, wie zum Beispiel
25 in der Domäne Weltraum, und eine Modernisierung der Bundeswehr-Infrastruktur. Die
26 infrastrukturelle Modernisierung ist eine der notwendigen Grundlagen, um den zwin-
27 gend erforderlichen personellen Aufwuchs der Bundeswehr zu ermöglichen. Dieser
28 personelle Aufwuchs muss sowohl aktives Personal als auch Reservedienstleistende
29 umfassen und soll perspektivisch mit einer Wiedereinführung der Wehrpflicht einher-
30 gehen. Auch diese Kräfte müssen über modernes Gerät und Vollaussattung verfügen.

31 Deutschland mit seiner Größe und Leistungsfähigkeit muss darauf eingestellt sein,
32 dem Bündnis zukünftig deutlich mehr als die bisher geplanten Soldatinnen und Solda-
33 ten bereitstellen zu können.

34

35 Zwei-Prozent-Ziel sofort erfüllen, Drei-Prozent-Ziel perspektivisch definieren

36 Die ausreichende Finanzierung der Bundeswehr muss dabei langfristig und dauerhaft
37 durch entsprechende Prioritätensetzung im Bundeshaushalt gewährleistet werden,
38 nur so entsteht Planungssicherheit für die Bundeswehr und Auftragnehmer wie die
39 Rüstungsindustrie. Kurzfristige Schulden oder die Neuauflage von sogenannten Son-
40 dervermögen, wie die Ampel es versucht, lehnen wir ab. Klar ist: Das Zwei-Prozent-Ziel
41 wird von der Ampel gegenwärtig nur unter Hinzuziehen allerlei haushälterischer Tricks
42 erreicht. Verteidigungsbereit wird unsere Bundeswehr dadurch nicht in dem Maße,
43 wie es erforderlich wäre. Das perspektivische Ziel sind drei Prozent des BIP. Zu Zeiten
44 von Franz Josef Strauß als Verteidigungsminister waren es sogar vier Prozent, die aus
45 dem Kernhaushalt bereitgestellt werden konnten.

46

47 Wiedereinführung der Wehrpflicht vorbereiten

48 Angesichts der wachsenden Herausforderungen muss unsere Gesellschaft resilienter
49 werden. Deshalb macht die Wiedereinführung der Wehrpflicht Sinn. Perspektivisch soll
50 sie als einer von mehreren Diensten für Männer und Frauen in eine allgemeine Dienst-
51 pflicht eingegliedert werden. Bei der Bedrohungslage muss die personelle Aufwuchs-
52 und im Zweifelsfall auch Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr gewährleistet sein. Die
53 Wiedereinführung der Wehrpflicht kann dazu einen ersten wesentlichen Beitrag leis-
54 ten. Diese kann jedoch nicht über Nacht erfolgen. Vorher sind durch den Verteidi-
55 gungsminister endlich die notwendigen Strukturen anzupassen, so dass eine Umset-
56 zung darstellbar ist. Dies muss jetzt angegangen werden: mit einem klaren Konzept,
57 das Planungssicherheit für die Bundeswehr schafft, die betroffenen Jahrgänge vorori-
58 entiert und in der Bevölkerung Akzeptanz findet – und damit deutlich über die küm-
59 merlichen Vorschläge der Bundesregierung hinausgeht.

60 Die Angehörigen der Bundeswehr, unserer Parlamentsarmee, sind bereit, für die Werte
61 des Grundgesetzes wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte Leib und Leben ein-
62 zusetzen. Deshalb ist es wichtig, dass die Bundeswehr in der Öffentlichkeit präsent ist
63 und ihr auch die Gelegenheit gegeben wird, in den Schulen über ihren verantwortungs-

64 vollen Dienst aufzuklären. Mit dem bayerischen Bundeswehrgesetz sind wir einen ers-
65 ten wichtigen Schritt für mehr Kooperation mit der Bundeswehr und mehr Sichtbarkeit
66 der Bundeswehr gegangen. Solch ein Gesetz hat Vorbildcharakter für Deutschland und
67 viele weitere Bundesländer.

68

69 Drohnenarmee und Cyberbrigade aufbauen

70 Der Krieg in der Ukraine verdeutlicht die Bedeutung von Drohnen verschiedener Grö-
71 ßen und Formen für die moderne Kriegsführung sowie deren Abwehr. Deshalb brau-
72 chen wir eine Drohnenarmee, inklusive der notwendigen Produktionskapazitäten in
73 Deutschland, um im Verteidigungs- und Bündnisfall und in den internationalen Einsät-
74 zen der Bundeswehr bestmöglich bestehen zu können. Durch die jahrelange ideologi-
75 sche Blockade von SPD und Grünen hinkt die Bundeswehr in diesem Bereich hinterher,
76 sowohl bei der Anzahl, als auch der Bewaffnung und der Drohnenabwehr. Der Hand-
77 lungsbedarf ist immens, weshalb zeitnah in die heimische Drohnenforschung und
78 -produktion investiert werden muss. Hierzu bedarf es verbindlicher Zusagen und Ver-
79 träge mit deutschen Unternehmen, um Abhängigkeiten zu verhindern und zeitnah Fä-
80 higkeiten zum Einsatz und Abwehr von Drohnen aufzubauen. Zudem müssen wir das
81 Cyberkrisenmanagement in Deutschland und Europa fortentwickeln und im Kampf ge-
82 gen hybride Bedrohungen und Desinformation besser werden. Wir müssen bei Tech-
83 nologien zur Cybersicherheit unabhängiger werden. Daher wollen wir eine europäi-
84 sche Cyberbrigade aufbauen.

85

86 Beschaffungswesen reformieren

87 Wir wollen eine Beschaffungsoffensive starten. Die Ausrüstung und Ausstattung der
88 Bundeswehr, ob Gerät oder persönliche Ausrüstung der Soldatinnen und Soldaten,
89 müssen auf Spitzenniveau sein. Um die Beschaffung dieser Ausrüstung zu beschleuni-
90 gen und flexibler zu gestalten, ist eine echte Strukturreform sowie eine konsequente
91 Entbürokratisierung des Planungs- und Beschaffungswesens notwendig. Unnötige
92 Vorgaben, die für militärisches Material und deren Einsatz nicht relevant sind, müssen
93 abgeschafft werden. Die Höhe der flexiblen, mehrjährigen Haushaltsmittel muss spür-
94 bar erhöht und die Verwendung dieser Mittel liberalisiert werden.

95 Das Beschaffungsamt der Bundeswehr (BAAINBw) ist heute zu breit aufgestellt. Es be-
96 schafft alles vom Fahrrad bis zur Fregatte. Wir wollen aus dem Amt einzelne überjäh-
97 rige Großprojekte herauslösen und in eine neue schlanke, schlagkräftige Agentur über-
98 führen.

99

100 Moderne Bundeswehr-Infrastruktur schaffen

101 Die Infrastruktur der Bundeswehr ist teilweise marode und in weiten Teilen nicht mehr
102 zeitgemäß. Das bedeutet nicht nur mangelnde Attraktivität für das Personal, sondern
103 wirkt sich auch unmittelbar auf die Einsatzbereitschaft aus.

104 Deutschland ist zentrales Aufmarschgebiet für die Verteidigung an der NATO-Ostflanke
105 und braucht auch für diese Aufgabe adäquate Infrastruktur: neue Kasernen, moderne
106 Übungsplätze, Depotstrukturen und Verwaltungseinheiten. Zivilrechtliche Vorgaben,
107 die für die Infrastruktur der Bundeswehr irrelevant sind und nicht zur Einsatzbereit-
108 schaft beitragen, müssen abgeschafft werden.

109 Krieg in Europa ist als reale Bedrohungslage zurückgekehrt. Deshalb sind die Zeiten
110 einer Reduzierung der militärischen Infrastruktur vorbei. Wir brauchen Aufbau statt
111 Rückbau, auch mit Blick auf eine perspektivische Wiedereinführung der Wehrpflicht.

112

113

114 **2. Sicherheits- und Verteidigungsindustrie stärken**

115 Die bayerische und deutsche Rüstungsindustrie ist essenziell für unsere Verteidigungs-
116 fähigkeit. Eine eigene nationale und europäische wehrtechnische Basis ist Vorausset-
117 zung für Unabhängigkeit, Resilienz und souveränes außen- und sicherheitspolitisches
118 Handeln. Wir brauchen einen europäischen Binnenmarkt für Rüstungsgüter. Wir wol-
119 len militärische Ausrüstung wie Kampfflugzeuge, Kampfpanzer und Drohnen gemein-
120 sam mit europäischen Partnern entwickeln und beschaffen. Wir brauchen eine wehr-
121 technische Industriestrategie, damit die europäische Verteidigungsindustrie wächst
122 und Schlüsselindustrien für die Sicherheit Europas auch in Europa bleiben. Um wirt-
123 schaftlich arbeiten, innovativ entwickeln und leistungsfähig produzieren zu können, ist
124 sie auf globale Exportmärkte angewiesen, aber auch auf zuverlässige Planbarkeit in
125 der Beschaffung der Bundeswehr. Die Ampel bremst aber regelmäßig europäische Ko-
126 operationsprojekte und droht unsere Unternehmen mit einem neuen Rüstungsexport-
127 kontrollgesetz weiter zu beschränken. Dies schadet insbesondere dem Wirtschafts-

standort Bayern mit seinen vielen innovativen Rüstungsunternehmen – gefährdet damit Investitionen in die Zukunft, Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Eine verstärkte europäische Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungspolitik ist nur mit gemeinsamen und verbindlichen Rüstungsexportregeln möglich. Immer mehr unserer Partner nehmen deshalb Abstand von Rüstungskooperationen und dem Kauf deutscher Rüstungsgüter, weil sie es sich nicht leisten können, auf erratische Entscheidungen der Ampel-Bundesregierung zu warten. „Made in Germany“ droht durch „German Free“ als Qualitätssiegel abgelöst zu werden. Wir lehnen deshalb jede weitere Verschärfung von Exportbestimmungen ab, wollen Rüstungskooperationen mit unseren internationalen Partnern stärken und hochspezialisierte Industriearbeitsplätze in Deutschland erhalten und ausbauen. Weiter braucht es mehr statt weniger Kooperation der Hochschulen mit der Industrie und damit eine klare Absage an Zivilklauseln. Das Hochfahren der Verteidigungsindustrie zu unserem Schutz sowie eine pragmatische und wirtschaftlich sinnvolle Rüstungsexportpolitik darf nicht durch eine moralisierende Argumentation blockiert werden.

3. NATO und transatlantisches Bündnis stärken, Solidarität mit Israel und der Ukraine

Der Überfall Russlands auf die Ukraine macht deutlich, wie wichtig die NATO als Verteidigungsbündnis für die Sicherheit ihrer Mitgliedsstaaten ist. Eine zukunftsfähige und starke NATO erfordert künftig eine deutlich höhere deutsche und europäische Bereitschaft zur transatlantischen Lastenteilung und dies unabhängig davon, wer die amerikanischen Präsidentschaftswahlen gewinnt. Der „Pivot to Asia“ der USA, also die vermehrte Aufmerksamkeit, die die USA dem Indo-Pazifik widmen müssen, hat unmittelbare Folgen für Europa. Das bedeutet vor allem deutlich größere finanzielle Beiträge für die gemeinsame Verteidigung. Enge und freundschaftliche Beziehungen zu den USA bleiben für Deutschland von zentraler Bedeutung. Die immer wieder von Akteuren wie der AfD oder dem BSW aufgebrachte Idee einer „Äquidistanz“ zwischen den USA und Akteuren wie Russland oder China oder der anti-amerikanistische Geist der deutschen Linken und Intellektuellen war und ist grundfalsch und für Deutschland keine Option. Wir bekennen uns klar und eindeutig zur nuklearen Teilhabe Deutschlands. Diese ist ein weiterer unerlässlicher Pfeiler unserer Sicherheitsarchitektur, zu dem wir unumwunden stehen.

160 Wir wollen transatlantisch bleiben und europäischer werden. Unser Ziel ist eine euro-
161 päische Verteidigungsunion als Basis einer wirksamen europäischen Sicherheits- und
162 Verteidigungsgemeinschaft. Wir verfolgen das Ziel europäischer Streitkräfte im Sinne
163 dieser gestärkten europäischen Verteidigungsunion, eingebettet in die Strukturen der
164 NATO, um als Europäer gemeinsam verteidigungsfähig zu sein.

165

166 Ukraine weiter entschlossen unterstützen

167 Wir stehen weiter fest an der Seite der Ukraine, die sich mit ganzer Kraft gegen den
168 russischen Aggressor stemmt. Die Ukraine muss weiter politisch, finanziell und militä-
169 risch unterstützt werden. Ein Triumph Russlands über die Ukraine würde Putin zu wei-
170 teren Aggressionen geradezu ermutigen und die Sicherheitslage in Europa weiter dra-
171 matisch verschärfen. Die Ukraine muss durch unsere Unterstützung so stark werden,
172 dass Putins Russland erkennt, dass eine Fortsetzung dieses irrsinnigen Krieges keiner-
173 lei Aussicht auf Erfolg hat.

174

175 Existenzrecht Israels verteidigen

176 Wir stehen fest und unverrückbar an der Seite Israels. Dieses Bekenntnis ist ein zent-
177 raler Pfeiler unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Israel hat das Recht, sich gegen den
178 Terror von Hamas, Hisbollah, Huthis und verbündeten Gruppierungen oder anderer Ag-
179 gressoren wie dem Iran auch militärisch mit aller Kraft zu verteidigen. Auch dabei hat
180 Israel unsere volle Unterstützung, nicht nur in diesen schweren Tagen. Das Existenz-
181 recht Israels ist deutsche Staatsräson und zentrale Voraussetzung für eine dauerhafte
182 politische Einigung im Nahen Osten. Deutschland nimmt nicht nur seine historische
183 Verantwortung gegenüber dem jüdischen Staat wahr, sondern stärkt damit auch den
184 demokratischen Wertepartner Israel im Nahen Osten, den wir in einem herausfordern-
185 den geopolitischen Umfeld stärken wollen. Dazu wollen wir die politischen, wirtschaft-
186 lichen, sicherheitspolitischen und gesellschaftlichen Verbindungen zwischen Bayern,
187 Deutschland, und Israel weiter vertiefen.

188

189

190

191

192

193 **4. Interessenorientierte Außen- und Sicherheitspolitik statt Moralismus**

194 Wir lehnen die moralische Belehrung internationaler Partner und Wettbewerber sowie
195 moralisierende Konzepte wie bspw. die sogenannte „feministische Außenpolitik“ ab.
196 Die Zeiten, in denen deutsche Außenpolitik durch hochmütiges Auftreten als „Zivil-
197 macht“ und besserwisserische Lehrmeisterei gekennzeichnet war, müssen enden.
198 Durch die Welt zu reisen und zu verkünden, was andere zu tun und zu lassen haben,
199 ist zum Scheitern verurteilt. Es geht stattdessen darum, die richtige Balance zwischen
200 Werten und Interessen zu finden.

202 Neue Freihandelsinitiativen ohne sachfremde Belehrung

203 Deutschland braucht als Exportnation eine strategische Handelspolitik, die den ge-
204 genseitigen Zugang zu offenen Märkten fördert, die Versorgungssicherheit gewähr-
205 leistet und Abhängigkeiten in wichtigen Bereichen reduziert. Wir wollen mehr Frei-
206 handelsabkommen vor allem mit den USA und Südamerika abschließen, ohne sie mit
207 sachfremden Themen zu überfrachten. Gleiches gilt für Abkommen im asiatisch-pazi-
208 fischen Raum, etwa mit Indien, Japan, Süd-Korea, Australien, Neuseeland, Indonesien
209 und Thailand. Zu einem funktionierenden Handel gehört auch die Sicherheit der Han-
210 delswege. Wir müssen die Handelswege gemeinsam mit Partnern, wo nötig auch mi-
211 litärisch, vor Piraterie oder gewaltsamen Angriffen schützen.

213 Deutsche Steuergelder zielgenau global einsetzen

214 Wir wollen die Entwicklungszusammenarbeit verbessern und effizienter gestalten. Nur
215 so können wir sie als einen wirksamen Hebel nutzen, um internationale Verbündete
216 zu gewinnen, Migrationsströme zu steuern und zu stoppen sowie Rückführungsab-
217 kommen zu schließen. Wichtig ist hierfür ein abgestimmtes Vorgehen in der Außen-,
218 Entwicklungs-, Außenwirtschafts und Sicherheitspolitik. Wir wollen hier klare Prioritä-
219 ten setzen. Fragwürdige Projekte gehören auf den Prüfstand. Insgesamt muss gelten:
220 Geld von deutschen Steuerzahlern kann nur bekommen, wer mit uns und nicht gegen
221 uns arbeitet.

5. Sicherheitspolitik weiterdenken, Abhängigkeiten reduzieren, Nationalen Sicherheitsrat einrichten

Das Verhalten Russlands aber auch das zunehmend offensivere Vorgehen Chinas verdeutlicht, dass die regelbasierte Weltordnung zunehmend infrage gestellt wird. Dazu ist der auf gegenseitigen Abhängigkeiten basierende Welthandel zunehmend unter Druck, Lieferketten werden gestört und Abhängigkeiten gezielt ausgenutzt. Daher gilt es, Abhängigkeiten jedweder Art zu reduzieren, wo erforderlich den Handel zu diversifizieren und Deutschland bestmöglich auf eine zunehmend unsichere Welt vorzubereiten. Dies kann nur mit einer flexiblen Strategie gelingen, die die Bereiche Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik intelligent miteinander verknüpft. Klar ist dabei: Eine Abkopplung oder gar Autarkie ist für eine Exportnation wie Deutschland keine sinnvolle Lösung, ebenso wenig wie die Überfrachtung von wirtschaftlichen Beziehungen durch politische oder moralische Bedingungen.

Um unserem umfassenden Verständnis von Sicherheit und möglichen Bedrohungen Ausdruck zu verleihen, wollen wir einen Nationalen Sicherheitsrat etablieren. Dieser soll frühzeitig auf Risiken im militärischen Bereich, aber auch in den Bereichen Wirtschaft, Energie, Ernährung, Gesundheit, Cyberraum, Klima und Umwelt, beim Schutz der kritischen Infrastruktur, der Versorgung mit Ressourcen bzw. wichtigen Gütern und anderen Gefahren aufmerksam machen und diese durch gezielte Maßnahmen reduzieren.